



II-3219 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

157.032/6-III2/77

1514 IAB

1978 -01- 31

zu 1510 J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

W i e n

zu Zl 1510/J-NR/1977

Die schriftliche Anfrage der Abgeordneten  
zum Nationalrat Dipl.VW J o s s e c k und Gen. (1510/J),  
betreffend Gerichtsgebäude in Steyr beantworte ich wie  
folgt:

Zu 1):

Zur Klärung der Frage der weiteren Unterbringung  
der Justizbehörden in Steyr fand am 23. Juni 1977 zwischen  
Vertretern des Justizressorts und des Bundesministeriums  
für Bauten und Technik sowie der Personalvertretung eine  
Besprechung an Ort und Stelle in Steyr statt. Es wurde dabei  
geprüft, ob unter Einbeziehung des bundeseigenen Gebäudes  
in Steyr, Pfarrgasse 1, ein weiteres Verbleiben der Gerichts-  
behörden am Stadtplatz möglich wäre. Bei der Begehung des  
Hauses Pfarrgasse 1 hat sich leider gezeigt, daß dieses Ge-  
bäude zu klein ist, um das gesamte Bezirksgericht Steyr auf-  
zunehmen. Eine Verlegung von einzelnen Gerichtsabteilungen  
oder der Staatsanwaltschaft kommt aber aus personellen und  
betrieblichen Gründen nicht in Betracht, da die einzelnen  
Abteilungen untereinander und die Staatsanwaltschaft mit dem  
Gericht organisatorisch eng verbunden sind.

Das Bundesministerium für Bauten und Technik  
ist daher ersucht worden, die Planung für den Neubau eines  
Gerichtsgebäudes in Steyr einzuleiten.

- 2 -

Zu 2):

Da sich derzeit eine andere Unterbringungs-  
möglichkeit für die Justizbehörden in Steyr nicht anbietet  
und eine Verlegung von Gerichtsabteilungen wegen der er-  
wähnten Erschwernisse im Dienstbetrieb von den betroffenen  
Behörden und Bediensteten entschieden abgelehnt wird, muß  
die bestehende Raumnot bis zur Beziehbarkeit des erforder-  
lichen Neubaus in Kauf genommen werden.

30. Jänner 1978

Der Bundesminister:

